

KLARTEXT.

Zeitung für Oberhausen
April 2022
www.cdu-oberhausen.de



OBERHAUSEN





Mitdenken. Mitgestalten. Für Oberhausen!

Simone-Tatjana Stehr im Gespräch
mit Bürgerinnen und Bürgern

FOTO: BROSTHAUS

Liebe Mitglieder,
Freunde und
Kritiker der CDU!

Schockiert und erschüttert sind wir in diesen Wochen von den Nachrichten, die uns von Putins Krieg gegen die Freiheit, das Leben und die Demokratie in der Ukraine erreichen. Der russische Einmarsch schafft unendliches Leid für die Menschen und lädt unermessliche Schuld auf das despotische Regime in Moskau.

Der Krieg prägt auch die Politik und macht uns gleichzeitig deutlich, dass freie und geheime Wahlen keine Selbstverständlichkeit sind. Deswegen bitte ich Sie herzlich: machen Sie von Ihrem demokratischen Recht Gebrauch, auch wenn für typische Landesthemen die volle Aufmerksamkeit fehlt. Aus meiner Sicht haben die Menschen am 15. Mai eine echte Wahl zwischen Alternativen, die sich fundamental unterscheiden.

Hier unser Ministerpräsident Hendrik Wüst, der sympathisch und zugewandt seine Aufgaben abarbeitet. Dort sein SPD-Herausforderer, der durch unverantwortliches Schüren von Ängsten auffällt, aber keinen einzigen brauchbaren Vorschlag aufzuweisen hat. Hier ein Innenminister Reul, der die Kriminalität auf ein 35-Jahres-Tief senkt und beherzt gegen Clan-Kriminalität vorgeht. Dort Links-Grüne Romantiker, die die Existenz solcher Strukturen sogar leugnen.

In den vergangenen fünf Jahren konnten wir als CDU unser NRW gestalten und voranbringen: Wir haben die Investitionen in unsere Krankenhäuser verdreifacht, die Digitalisierung unserer Schulen massiv vorangetrieben und die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beschlossen. Um nur einige Beispiele zu nennen. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen, auch für unsere Heimatstadt.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Oberhausen eine starke Stimme in NRW erhält. Eine starke Stimme für unsere Heimat bedeutet: CDU wählen!

Ihre 
Simone-Tatjana Stehr
Fraktionsvorsitzende

UNSERE THEMEN

NORDRHEIN-WESTFALEN

Wüst für unsere Heimat!

Am 15. Mai wählt NRW: Starke Erst- und Zweitstimmen für die CDU sind Garant dafür, in und mit unserem Bundesland weiterhin Erfolge feiern zu können. Mit Hendrik Wüst geht es für unsere Heimat voran. Lesen Sie dazu das Interview mit dem Ministerpräsidenten. [Seite 4](#)

OBERHAUSEN

Wende in der Stadtplanungs-politik

Die CDU-Fraktion setzt sich mit der Forderung nach einem grundlegenden Kriterienkatalog zur Flächenentwicklung in Oberhausen durch. Die Stadtplanungspolitik wird dadurch transparenter und erhält eine spezifisch „Oberhausener Handschrift“. [Seite 6](#)

CDU will sauberen Wahlkampf

LANDTAGSWAHL Landtagskandidat
Hausmann kritisiert SPD-Video und
verspricht: Meine Partei bleibt fair

Nach Auffassung des Oberhausener Landtagskandidaten Wilhelm Hausmann (CDU) wird die kommende Landtagswahl am 15. Mai zu einer echten Wüst-Wahl. „Darauf läuft es hinaus, auch weil die Spitzenkandidaten unterschiedlicher nicht sein könnten. Während Thomas Kutschaty (SPD) durch Nörgeln, Schlechtreden und einen äußerst aggressiven Zungenschlag unangenehm auffällt, besitzt Hendrik Wüst (CDU) einen klaren Kompass und eine ruhige Hand“, sagte Hausmann im Klartext-Interview. „Die Menschen vertrauen Wüst und wollen, dass er Ministerpräsident bleibt. Nicht umsonst steht er im Beliebtheits-Ranking klar vor seinem Herausforderer.“ Hausmann geht optimistisch in die Wahl, auch weil die CDU eine überzeugende Bilanz vorzuweisen habe. Beispielsweise seien die Straftaten 2020 auf den niedrigsten Wert seit 35 Jahren gesunken, gleichzeitig weise NRW die höchste Aufklärungsquote seit Jahrzehnten auf. Rekordzahlen gebe es auch in Bezug auf fertig gebaute Wohnungen. 2020 habe man in NRW 43.309 Wohnungen gebaut, 2011 unter Rot-Grün waren es gerade mal 30.000. Jetzt Wohnungsnot zu beklagen



Wilhelm Hausmann

und mit den Fingern auf Schwarz-Gelb zu zeigen, sei unredlich.

Auch weil konstruktive Vorschläge vom Mitbewerber bisher nahezu völlig fehlen, befürchtet Hausmann auf der Zielgeraden einen immer schmutzigeren Wahlkampf. „Wenn in einem offiziellen SPD-Video Rettungssanitäter auftauchen, die gerade um das Leben eines Patienten kämpfen und vergeblich an immer wieder geschlossenen Kliniktüren rütteln, so ist dieses Niveau nicht mehr zu unterbieten“, erklärte der CDU-Politiker. „Man muss es so deutlich sagen: dies gehört zu einem Wahlkampf, genau wie Donald Trump ihn führen würde. Ich appelliere an die SPD, Herrn Kutschaty wieder einzufangen.“ So oder so ließe sich seine Partei aber nicht provozieren: „Die CDU führt weiterhin einen sauberen Wahlkampf.“

Hausmann äußerte sich auch zum Auszug des Polizeipräsidiums im Jahre 2026 aus dem historischen Gebäude am Friedensplatz. „Vielleicht werden wir im Rückblick sagen, gut, dass es so gekommen ist. Denn die Landesregierung hat Wort gehalten und mit dem Einzug des landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) eine nachhaltige Nachnutzung geschaffen. Sätte 260 Mitarbeiter kämen an den Friedensplatz, die das Behördenviertel beleben werden, so Hausmann. Was nicht zu vergessen sei: „Wir dürfen mit Fug und Recht von einer zusätzlichen Belebung sprechen, denn das Polizeipräsidium bleibt an anderer Stelle ja ebenfalls in unserer Stadt.“ Die oft befürchtete Zusammenlegung mit einem Präsidium aus der Nachbarstadt sei also nicht in der Planung.“

(Interview im Wortlaut auf der Seite 2)



FOTO: PRIVAT

Wilhelm Hausmann (links) und Hendrik Wüst arbeiten seit langem vertrauensvoll zusammen

LANDTAGSWAHL CDU-Landtagskandidat Hausmann spricht von zwei Kandidaten um das Amt des Ministerpräsidenten, die unterschiedlicher nicht sein können

Herr Hausmann, was wünschen Sie sich als Landtagskandidat für den 15. Mai?

Wilhelm Hausmann: Als Erstes wünsche ich mir, und das möglichst noch früher, dass die Menschen in der Ukraine wieder zur Ruhe kommen. Dass sie ihr Leben in Selbstbestimmung und Freiheit wieder aufnehmen können und dass ihr Leid endlich ein Ende hat. Natürlich weiß ich aber, dass Ihre Frage in eine andere Richtung zielt, nämlich auf die Landtagswahlen in NRW. Lassen Sie mich deshalb die Gelegenheit nutzen, um darauf hinzuweisen, dass freie Wahlen in Frieden und Wohlstand auch mitten in Europa nicht so selbstverständlich sind, wie es uns einmal schien. Dazu gehört auch, dass wir wieder fähig werden, uns wirksam zu verteidigen und unsere Bundeswehr stärken. Wenig überraschend wünsche ich mir dabei natürlich einen klaren Erfolg meiner Partei. Schön wäre auch, wenn wir dazu in Oberhausen ein gutes Resultat erzielen und die Direktmandate gewinnen könnten.

Wie stehen die Chancen?

Ich meine, sehr gut. Nach meiner Auffassung geht es am 15. Mai vor allem um eine Wüst-Wahl. Darauf läuft es hinaus, weil die Spitzenkandidaten unterschiedlicher nicht sein könnten. **Während Thomas Kutschaty (SPD) eigentlich nur durch Nörgeln, Schlechtreden und einen äußerst aggressiven Zungenschlag auffällt, besitzt Hendrik Wüst einen klaren Kompass und eine ruhige Hand.** Das kommt an. Die Menschen vertrauen Wüst und wollen, dass er Ministerpräsident bleibt, damit er seine gute Arbeit fortsetzen kann. Nicht umsonst steht Wüst im Beliebtheits-Ranking klar vor seinem Herausforderer.

Auch die CDU steht in den Umfragen wieder vorn!?

Ja, auch dieser Trend ist eng mit dem Amtsantritt von Wüst verknüpft. Aber auch mit unserer guten Arbeit in der schwarz-gelben Landesregierung, die mit nur einer Stimme Mehrheit, fast geräuschlos und erfolgreich fünf Jahre lange für die Menschen gearbeitet hat. Dies wurde von vielen Skeptikern im Jahre 2017 kaum für möglich gehalten.

Aber es bleibt noch viel zu tun?

Natürlich, deswegen müssen wir unsere gute Arbeit ja auch fortsetzen dürfen. Wichtig ist zum Beispiel, dass unser gemeinsamer Kampf gegen den Klimawandel nicht zu einer vollständigen Verweigerungshaltung führt. Das Eigenheimverbot, das die Grünen auf Druck der Öffentlichkeit relativieren mussten, ist ja nicht vom Tisch, sondern könnte auf Umwegen zur Realpolitik werden. **Wir als CDU stehen dafür, dass sich hart arbeitende junge Familien nachhaltiges Wohneigentum leisten dürfen.** Die elitäre Grüne Politik reißt dagegen Brücken hinter sich ab und versucht oft mit Hilfe der SPD, Minderheitsmeinung zu Lasten der Allgemeinheit durchzusetzen.

Ist denn genügend Wohnraum vorhanden?

2019 und 2020 waren Rekordjahre für NRW in Bezug auf erteilte Baugenehmigungen und fertig gebaute Wohnungen. 2020 waren es 43.309 Wohnungen, Rot-Grün kam 2011 gerade mal auf 30.000. In meiner Heimatstadt fehlt trotzdem noch Wohnraum im mittleren und oberen Bereich, so dass junge Familien und Leistungsträger nach Bottrop oder Mülheim abwandern müssen. Im preiswerten Bereich – anders als vielleicht in Köln oder Düsseldorf – ist das Angebot dagegen ausreichend. In Oberhausen wurden in den letzten fünf Jahren beeindruckende 36 Prozent mehr Wohnungen gebaut als in den fünf Jahren zuvor.

Das klingt gut. Damit sind wir also am Ziel?

In der Politik ist man niemals am Ziel und man kann sich niemals zurücklehnen. **Unanständig ist es aber, wenn Oberhausener Sozialdemokraten mit den Ängsten der Menschen spielen und Not sowie drohende Obdachlosigkeit gewissermaßen an die Wand malen, nur um des politischen Vorteils willen.** Ich habe es schon gesagt: wir tun deutlich mehr als seinerzeit Rot-Grün, aber wir müssen uns noch weiter anstrengen.

Sie scheinen verärgert?

Ja, das bin ich tatsächlich. Mit den Ängsten der Menschen

sollten demokratische Parteien nicht spielen, das gehört sich nicht. Unrühmlicher Höhepunkt ist aus meiner Sicht ein Video-Clip der SPD. Darin sieht man Rettungssanitäter, wie sie im Notarztwagen dramatisch um das Leben eines Patienten kämpfen und dann vergeblich immer wieder an geschlossenen Kliniktüren rütteln. Anschließend taucht dann Herr Kutschaty mit der Botschaft auf, dies sei die Schuld der schwarz-gelben Koalition und das würde sich selbstverständlich mit ihm alles ändern. Das ist unsäglich, das ist ein Niveau, welches selbst von Donald Trump kaum zu unterbieten wäre. Vor allem vor dem Hintergrund, dass in der Ukraine Menschen um ihr Leben kämpfen, die in zerstörten Krankenhäusern tatsächlich nur unzureichend Hilfe bekommen.

Sie fürchten also einen schmutzigen Wahlkampf?

Das ist ja schon schmutziger Wahlkampf, der auf der Zielgeraden hoffentlich nicht weiter geht. Wir als CDU werden da nicht mitmachen, ich hoffe, das gilt auch für die anderen demokratischen Parteien. Außerdem appelliere ich an die SPD, Herrn Kutschaty wieder einzufangen.

Unlängst wurde Oberhausen von der Nachricht überrascht, dass das Polizeipräsidium 2026 den Friedensplatz verlässt. Ein Rückschlag?

Im ersten Moment sicherlich eine Enttäuschung für viele Menschen, das verstehe ich. Aber vielleicht werden wir im Rückblick sagen: gut, dass es so gekommen ist. Denn die Landesregierung hat Wort gehalten und eine nachhaltige Nachnutzung gefunden. Mit der regionalen Niederlassung des landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetriebs (BLB) kommen 260 Mitarbeiter in das denkmalgeschützte Gebäude am Friedensplatz, die das Behördenviertel beleben werden, nicht zuletzt mit ihrer Kaufkraft. Und was nicht zu vergessen ist: wir dürfen mit Fug und Recht von einer zusätzlichen Belegung sprechen, denn das Polizeipräsidium bleibt ja ebenfalls in Oberhausen, nach 2026 dann eben an einem neuen Standort. Die oft befürchtete Zusammenlegung mit einem Präsidium aus der Nachbarstadt ist also nicht in der Planung. Das ist sehr erfreulich.

Dass die Menschen sich über die Steuerverschwendung ärgern, verstehen Sie aber?

Das würde ich sehr gut verstehen, wenn es so wäre. Aber das ist ja falsch, denn die bisherigen Sanierungsarbeiten, hätten ja ohnehin ausgeführt werden müssen. Die Polizei hat einfach festgestellt – vielleicht auch zu spät festgestellt – dass die Erweiterung der Räumlichkeiten angesichts veränderter Anforderungen und stetig wachsenden Personals nicht ausreichen würde. Da fehlen rund 1000 Quadratmeter. Jetzt müssen wir gemeinsam mit dem Land, das sich auch hier der Verantwortung stellen wird, nach kreativen Lösungen suchen.

Das Gleiche gilt für das Niederrhein Kolleg, das ja ebenfalls schließt?

Exakt. Auch hier verstehe ich die erste Enttäuschung. Keiner kann sich freuen, wenn eine Bildungseinrichtung in Oberhausen schließt, auch wenn immer weniger Lehrer in immer weniger Fächern vor immer weniger Schülern unterrichten. **Aber auch hier sind wir schon in Gesprächen mit dem Land und guter Hoffnung, dass uns die Wehrstraße als Bildungsstandort erhalten bleibt.** Statt monatelang zu jammern, basteln wir lieber beharrlich an der Zukunft.

Die politische Konkurrenz sieht das anders?

Das glaube ich nicht. Aber wir haben gerade Wahlkampf und dass dann parteipolitische Vorteile gesucht werden, überrascht uns keineswegs. Ehe sich die SPD jedoch als Retter der Oberhausener Bildungslandschaft aufspielt, möchte ich daran erinnern, dass unter sozialdemokratischer Verantwortung seinerzeit die Hauptschule St. Michael geschlossen wurde, die im Gegensatz zum Niederrhein Kolleg eine immer noch ausgezeichnet funktionierende Bildungsstätte war, die noch dazu eine wichtige soziale Rolle im Umfeld des Knappenviertels spielte.

Energiehilfen: Rentner gehen leer aus

Auf Unverständnis und massive Kritik stößt in der CDU die Tatsache, dass Rentner beim Entlastungspaket zur Abfederung der hohen Energiepreise von der Bundesregierung völlig außen vorgelassen wurden. „Allein Oberhausen leben rund 50.000 Menschen, die mit zum Teil auch kleinen Renten knapp über der Grundsicherung auskommen müssen“, stellt der CDU-Landtagsabgeordnete Wilhelm Hausmann fest. „Wenn diese Gruppe jetzt in dem umfangreichen Paket praktisch nicht stattfindet, so ist das bedauerlich und wenig wertschätzend.“

Für Christdemokraten sei dies geradezu skandalös. Wenn bei der Ampelkoalition dabei vielleicht im Hintergrund der Gedanke stehe, dass Rentner ja nicht mehr mit ihrem Auto

fahren müssen oder sollen, so sei dies zynisch den Menschen gegenüber, die maßgeblich am Aufbau unseres Wohlstandes beteiligt waren. Hausmann: „Aber selbst, wenn Rentner aus der Not heraus nicht mehr den Tank ihres Autos vollmachen, werden sie ihre Heizung nicht abdrehen können.“ Nach Hausmann erstem Eindruck sei auch der Mittelstand mit dem Programm nicht zufrieden. Da die Pauschale von 300 Euro offenbar nicht steuerfrei sei, komme nur ein Teil bei den Bürgern an. „Ihre Arbeitgeber kostet das pro Mitarbeiter sogar 70 Euro mehr im Schnitt, denn sie tragen die Lohnnebenkosten ja mit.“



FOTO: UNSPLASH

Acht Fragen an Simone-Tatjana Stehr

Dein Berufswunsch als Kind?
Ich hätte gerne ein Handwerk gelernt.

Was machst Du mit drei freien Tagen am Stück?
Am liebsten würde ich die Queen besuchen – zum Afternoon Tea

Die beste Entscheidung in Deinem Leben?
Veränderungen in meinem Leben Platz zu geben. Mutig Neues auszuprobieren, mich zu verändern, mir dabei aber immer treu zu bleiben.

Dein Lieblingsfilm/Serie?
Mein Ritual ist jedes Jahr „Dinner for One“ und ich finde es immer wieder sensationell. Aktuell habe ich „Bridgeton“ – gefühlt am Stück – geguckt. Die nächste Staffel ist gerade gestartet.

Dein liebstes Tool/Werkzeug im Wahlkampf?
... ist natürlich die Sprache.



Dein Lieblingsbuch?
Es gibt so viele großartige Werke, dass ich nicht das eine Lieblingsbuch habe. Sehr gerne und öfter als einmal habe ich „Die Entdeckung des Himmels“ von Harry Mulisch gelesen.

Dein Lebensmotto?
Mein Lebensmotto „Wenn ich Wind wäre, wäre ich Sturm“ ergänze ich gerne um mein Tagesmotto „Schlechte Tage verdienen zwei Portionen Mayonnaise“.

Dein Wunsch für die Zukunft?
Politisch ist mein Wunsch für die Zukunft, dass es (auch mir) gelingt, dass Politik Menschen wieder begeistert und positiv motiviert.



FOTO: BROSTHAUS

„Die Grundlage für die beste Bildung ist die Ausbildung derer, die unsere Kinder und Jugendlichen begleiten. NRW schafft momentan tausende von zusätzlichen Lehrerstellen.“

10.200 Lehrkräfte mehr als unter Rot-Grün

LANDTAGSWAHL Stehr zieht Bilanz zur Bildungspolitik der aktuellen Regierung

Man kann es sich in der Bildungspolitik als Opposition einfach machen und alles versprechen, was die Interessensverbände sich wünschen. So macht es die SPD in Nordrhein-Westfalen, die konsequent alles einfordert, was sie in den Jahren ihrer Regierungsverantwortung nicht umsetzen wollte und konnte. „Ich bin allerdings dankbar dafür, dass die aktuelle schwarz-gelbe Landesregierung mit großen Schritten in die richtige Richtung geht“, stellt die CDU-Landtagskandidatin Simone-Tatjana Stehr in ihrer aktuellen Bestandsaufnahme fest.

Auch wenn der Kurs des Schulministeriums in der Pandemie zu oft unkalkulierbar wirkte, sei jenseits der Debatten um Strategie und Überraschungen sehr viel bewegt worden. „Wir haben weiß Gott nicht wenig aufzuweisen“, so Stehr. Beispielsweise sei endlich das „Schreiben nach Gehör“, das gravierende Folgen, gerade für Schülerinnen und Schüler aus nicht-deutschen und weniger privilegierten Familien habe, landesweit offiziell unter sagt worden.

Allein in der Zeit von 2017 bis 2022 wurden rund 10.000 zusätzliche Lehrererstellen geschaffen

Eine Offensive zur Stärkung der Fächer Mathematik und Deutsch an Grundschulen wurde gestartet und es wurden etliche Stellen geschaffen. Allein in der Zeit von 2017 bis 2022 rund 10.000 zusätzliche Lehrererstellen, Grundschulen erhalten künftig Stellvertreter-Stellen und die Zahl der Schulverwaltungssassistenzen wird deutlich ausgeweitet. Für die Lehrämter Grundschule und Sonderpädagogik wurden insgesamt 1.450 zusätzliche Studienplätze geschaffen, nachdem ihre Zahl unter Rot-Grün über Jahre viel zu niedrig war und zu absurden Situationen führte. So mussten potenzielle Grundschullehrerinnen und -lehrer meist ein Einser-Abitur vorweisen, während die gymnasialen Lehramtsstudiengänge überwiegend zulassungsfrei waren. Stehr: „Im Schuljahr 2020/2021 unterrichteten an den öffentlichen Schulen in Nordrhein-Westfalen rund 10.200 hauptamtliche Lehrkräfte mehr als im Schuljahr 2016/2017,



FOTO: PRIVAT

Veranstaltung zur Digitalstrategie 31.03.2022

das gleichzeitig das letzte Regierungsjahr der Rot-Grünen Koalition war. Wir tun alles, um Lehrerinnen und Lehrer bestens auszubilden und in den Schuldienst zu bringen.“

Nachdem unter der CDU-geführten Regierung mit der Rückkehr zu G9 eine lange Debatte im Sinne der Beteiligten beendet wurde, bleiben laut Stehr vor allem zwei Bereiche, über die oft noch widersprüchlich diskutiert werde: die Digitalisierung und der Unterrichtsausfall, den die Vorgängerregierung erst gar nicht wahrheitsgemäß erheben wollte. „Seit 2018 müssen nun alle Schulen die ausgefallenen Stunden dokumentieren. Für uns in Oberhausen stellten WAZ und NRZ noch im Januar des laufenden Jahres fest, dass der Ausfall von Unterricht rückläufig ist. Im

Heinrich-Heine fielen sogar nur 2,1 Prozent des Unterrichts ersatzlos aus.“

Dankbar zeigte sich Stehr auch dafür, dass die Landesregierung das Thema Digitalisierung nach vorn treibt. Stehr: „Die digitale Kompetenz zählt mittlerweile zu den Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Es gibt riesige Fortschritte bei der digitalen Ausstattung, zuletzt mit der rund 2 Milliarden Euro schweren ‚Digitalstrategie Schule NRW‘. Die gelieferte Umsetzungsstrategie bis 2025 ist klug und weitsichtig.“ Auch macht die CDU-Politikerin darauf aufmerksam, dass für das Jahr 2022 ein Rekordbildungsetat vorgelegt wurde mit mehr als 20 Milliarden Euro. „Das ist beeindruckend und gut investiertes Geld in unsere Kinder und Jugendlichen. Und damit in unsere Zukunft. Natürlich sind wir auch damit noch nicht am Ziel, aber ich denke, wir hätten die Chance verdient, unsere gute Arbeit fortzusetzen.“

Hier geht es zum Wahlprogramm der CDU-NRW:



Lesen Sie in der nächsten KLARTEXT-Ausgabe zu den Themen „Gesundheit“ und „Heimat“

„Ich möchte Bedingungen schaffen, die es ermöglichen, den vielfältigen Aufgaben im Gesundheits- und Pflegebereich mit der Leidenschaft nachzukommen, die gerade für diese Berufe wichtig ist.“

„Die Chance, Heimat mit den Menschen vor Ort zu gestalten, zu schützen und zu bewahren, treibt mich an und gibt mir die Energie, die man in der politischen Debatte als Vorsitzende der CDU-Fraktion braucht, um gute Ideen und die Belange der Menschen umzusetzen.“





„Die Chance nutzen, um unser Land noch erfolgreicher zu machen“

Ministerpräsident Hendrik Wüst im Interview

Herr Wüst, Sie sind seit dem 27. Oktober Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Wie haben Sie die vergangenen Monate erlebt?

Die vergangenen Wochen waren für die Partei, für die Landesregierung und auch für mich persönlich eine sehr intensive Zeit. Vor allem habe ich aber viel Geschlossenheit, Teamgeist und Zusammenhalt in unserer Partei erlebt. Und das zählt sich aus. Alle Umfragen zeigen: Mit uns ist zu rechnen!

Worauf sind Sie besonders stolz, wenn Sie auf die Arbeit der Landesregierung in den letzten fünf Jahren schauen?

Unter Rot-Grün hatte Nordrhein-Westfalen auf fast allen Politikfelder die rote Laterne. Wir sind 2017 angetreten, vieles besser zu machen. Und das ist uns auch gelungen: Wir haben mehr als 12.000 neue Polizistinnen und Polizisten eingestellt, wir haben die Zahl der Wohnungseinbrüche halbiert und die niedrigste Zahl an Straftaten seit 30 Jahren. Nordrhein-Westfalen ist wieder sicher.

Vor welchen Herausforderungen steht Nordrhein-Westfalen vor dieser Landtagswahl?

Wir müssen die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger weiter gewährleisten. Wir müssen den demographischer Wandel bewältigen. Wir müssen dafür sorgen, dass alle ihre Chancen nutzen können, unabhängig von der Herkunft. Und am wichtigsten ist: Es muss uns gelingen, Klimaschutz und Industrie mit ihren guten Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit miteinander zu versöhnen. Das Gute ist: Keine andere Generation vor uns konnte auf so viel Wissen

zugreifen, hatte so viele Instrumente. Allein die Digitalisierung eröffnet uns Möglichkeiten, von denen andere Generationen nur träumen konnten. Wir haben deshalb alle Chancen, Klimaschutz und Industrie mit ihren guten Arbeitsplätzen zu versöhnen. Wir haben alle Chancen, für jedes Kind Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Wir haben alle Chancen, auch in Zukunft eine lebenswerte Heimat und ein sicheres Land zu sein.

Wie würden Sie selbst Ihren Politikstil beschreiben?

Ich stehe für eine Politik, die Probleme ganz konkret angeht und löst. Ich möchte die Chance nutzen, um unser Land noch erfolgreicher zu machen. Als Ministerpräsident möchte ich unserer Heimat Sicherheit geben. Und ich möchte das Miteinander in unserem Land voranbringen. Die Zukunft zu gestalten ist mir sehr wichtig. Noch mehr, seit ich vor einem Jahr Vater einer kleinen Tochter geworden bin.

Hausmann: Wir können stolz auf unsere Heimatstadt sein

Kreisparteitag im Zeichen des Ukraine-Krieges – Stehr und Thielen rücken auf

Mit einer starken Leistungsbilanz und verjüngter Führungsspitze geht die CDU-Oberhausen in den Landtagswahlkampf. Doch Putins Angriffskrieg auf die Ukraine und aktuell die fürchterlichen Bilder aus Butscha ließen auch die Delegierten beim Kreisparteitag der CDU nicht los. Die Stimmung blieb gedämpft.

Naturgemäß stand die Neuwahl des Kreisvorstandes im Mittelpunkt, bei der der Kreisvorsitzende MdL Wilhelm Hausmann souverän im Amt bestätigt wurde. Auch wurden die beiden Stellvertreter – Simone-Tatjana Stehr, die Vorsitzende der Ratsfraktion und Johannes

Thielen, bis vor kurzem Chef der JU in Oberhausen – eindrucksvoll gewählt. Stehr und Thielen rückten damit an die Stelle von Marie-Luise Dött und Hans Tschärke, die beide nicht mehr antraten. Starken Beifall gab es für die langjährige MdB Marie-Luise Dött, die viele Jahre den Wahlkreis Oberhausen im Bundestag vertreten hat und nach der Wahl im September erste Nachrückerin ist. Dank und ehrende Worte auch für den erkrankten Hans Tschärke. Nicht zuletzt erhielt der alte und neue Schatzmeister Thomas Gäng mit seiner Wahl einen überwältigenden Vertrauensbeweis.

„Ich komme nicht unbeschwert“, begann Bodo Löttgen, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag, mit Blick auf die unerträglichen Bilder aus der Ukraine. Die Berliner Ampelkoalition müsse endlich härtere Sanktionen beschließen. Schonungsloses Handeln sei notwendig: „Das endlose Prüfen muss ein Ende haben, Herr Bundeskanzler“, rief Löttgen. Der eigenen Landesregierung stellte er ein sehr gutes Zeugnis aus, verwies auf die solide Finanzpolitik mit fünf ausgeglichenen Haushalten in Folge und mehr Sicherheit im Land. „Die Zahl der Einbrüche und Gewalttaten hat

sich halbiert, die Polizei ist endlich alltagstauglich ausgestattet und die Null-Toleranz-Politik gegenüber 111 Clans zeigt Wirkung. Innenminister Herbert Reul macht einen hervorragenden Job“, konstatierte Löttgen.

Das Thema Ukraine bewegte auch Wilhelm Hausmann. Wie Oberhausen die Geflüchteten aus der Partnerstadt Saporishja aufgenommen habe, „das hat uns das Herz erwärmt und macht uns stolz auf unsere Heimatstadt“, ließ er seinen Gefühlen freien Lauf. Scharf kritisierte Hausmann das Verhalten mancher Schulen, die Info-Veranstaltungen der Bundeswehr nicht zugelassen hatten: „Wir stehen hinter der Bundeswehr und den Soldatinnen und Soldaten, die für uns den Kopf hinhalten. Ein weiteres Thema: Der Wegzug des Polizeipräsidiums. „Wir tun es, um ein eigenständiges Präsidium zu erhalten“. Für die steigende Zahl von Polizisten und die wachsenden Aufgaben sei es am Friedensplatz einfach zu klein. „Außerdem“, so Hausmann, „bekommen wir durch den Einzug des Landesbaubetriebs 260 Arbeitsplätze mehr in Oberhausen.“

Als „weit weg von der Normalität“ beschrieb Simone-Tatjana Stehr die allgemeine



FOTOS: ÖZCAN

Bestätigt und neu gewählt: Wilhelm Hausmann MdL (Vorsitzender), Simone-Tatjana Stehr und Johannes Thielen (stv. Vorsitzende) (v.l.n.r.)



Bodo Löttgen MdL, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag

Befindlichkeit. Das politische Tagesgeschäft laufe aber weiter. Seit dem Amtsantritt von Daniel Schranz im Jahr 2015 gehe es in Oberhausen bergauf, konstatierte Stehr. Die Innenstadt mache große Fortschritte, die Digitalisierung – auch der Schulen – komme voran, durch das Edeka-Zentrallager würden mehr als 1.000 neue Arbeitsplätze entstehen und vieles mehr. Ihr Fazit: „Wir stehen verdammt gut da.“

Krieg in der Ukraine: „Wir erleben das Ende einer Gewissheit“

INTERVIEW Oberbürgermeister Daniel Schranz berichtet, wie die Stadt Oberhausen Menschen aus und in der Ukraine hilft.

Vor gut sechs Wochen überfiel die russische Armee das Nachbarvolk in der Ukraine. Im Interview erklärt unser Oberbürgermeister Daniel Schranz, welche Auswirkungen der Krieg auch auf unsere Heimat hat, warum er vielen hier besonders nahegeht – und was die Stadt tut, um zu helfen.

Der Krieg in der Ukraine hat viele Millionen Menschen in die Flucht getrieben: Wie wirkt sich diese Bewegung in Oberhausen aus?
Daniel Schranz: Seit dem völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 haben wir in den ersten sechs Wochen bereits mehr als 1.800 Kinder, Frauen und Männer in Oberhausen aufgenommen, die vor dem Krieg geflüchtet sind. Sehr viele Kolleginnen und Kollegen bei der Stadtverwaltung, bei der Berufs- und der Freiwilligen Feuerwehr, beim Deutschen Roten Kreuz, dem Arbeiter-Samariter-Bund und beim Technischen Hilfswerk haben in den vergangenen Wochen hart dafür gearbeitet, dass wir diesen Menschen den Schutz, den sie bei uns suchen, auch gewähren können. Für diesen herausragenden Einsatz bin ich allen Beteiligten zutiefst dankbar.

Wie war die Stadt auf diese Kriegsflüchtlinge vorbereitet?
Mit dieser Fluchtbewegung – mehrere Millionen Menschen sind vor dem Krieg aus der Ukraine geflohen, Hunderttausende sind nach Deutschland gekommen – hat fast niemand gerechnet; ein Krieg in Europa war ja vor wenigen Monaten noch für die meisten kaum vorstellbar.
Wir haben direkt nach Kriegsausbruch einen Runden Tisch einberufen; dort haben wir von einem gebürtigen Ukrainer den Hinweis bekommen, dass wir mit der raschen Ankunft auch von vielen Flüchtlingen rechnen müssten. So hat dieser Austausch dazu geführt, dass wir besser vorbereitet waren als viele andere Städte und in sehr kurzer Zeit eine große Zahl an Kriegsflüchtlingen unterbringen konnten, ohne jemanden abweisen zu müssen.
Was die Lage für die Kommunen so schwierig macht, ist die Tatsache, dass sie so schwer einzuschätzen ist. Weil die Menschen völlig unangekündigt ankommen, weiß niemand, wie viele Betten am nächsten Tag oder in der nächsten Nacht noch gebraucht werden. Das ist ein Grund, warum es wichtig ist, dass Land und Bund in dieser Situation mehr steuern.

Wie werden die Menschen untergebracht?
In Oberhausen wird der größte Teil der Geflüchteten von der Stadtverwaltung untergebracht: In Flüchtlingsunterkünften, auf ungenutzten Stationen des Marienhospitals, die wir genauso angemietet haben wie Kleinstappartements, oder auch in einem von der Alteinrichtung nicht genutzten Teil des Louise-Schroeder-Heims. Ein Teil kommt aber auch privat unter, bei Familie, Freunden oder Bekannten. Dieser Teil nimmt seit Beginn der Fluchtbewegung prozentual immer weiter ab.
Wir haben, so lange es ging, vermieden, die Geflüchteten in Notunterkünften unterzubringen. Nach rund einem Monat war uns das allerdings leider nicht mehr möglich, so dass nun ein Teil der Menschen zunächst etwa in Turnhallen schlafen muss.

Kurz nach Ausbruch des Krieges schien es so, als seien sehr viele Menschen bereit, Geflüchtete bei sich privat unterzubringen. Hat das nicht gut funktioniert?
Zunächst möchte ich einmal allen Oberhausenerinnen und Oberhausenern danken, die sich bereit erklärt haben, Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen. Das ist in vielen Fällen ein zutiefst menschliches Angebot. Mehrere Hundert Menschen sind ja auch privat untergekommen. Wenn allerdings jemand ohne eine private Verbindung zu den Geflüchteten Wohnraum anbietet, kann eine Stadtverwaltung ein solches Angebot natürlich nicht unbesehen weiterreichen. Es muss vor Ort in Augenschein genommen und bewertet werden. Ein aufwendiges, aber nötiges Verfahren, da müssen wir die Anbieter um Verständnis und ein wenig Geduld bitten.



Wenige Tage nach Kriegsbeginn empfing Oberbürgermeister Daniel Schranz die Generalkonsulin der Ukraine, Iryna Shum, zu einem Austausch im Rathaus.

FOTOS: STADT OBERHAUSEN/TOM THÖNE

Eine große Zahl der Ankömmlinge aus der Ukraine sind Kinder und Jugendliche: Was passiert mit ihnen?
Die Kinder und Jugendlichen müssen und wollen wir natürlich auch so gut wie möglich versorgen. Sie haben nicht nur ein Recht auf ein Leben ohne Krieg, sie haben auch ein Recht auf Bildung – und sind, wenn sie zwischen sechs und 16 Jahren alt sind, in Deutschland eben auch schulpflichtig. Kinder im Grundschulalter werden Schulen in der Nähe ihres Wohnortes besuchen. Jungen und Mädchen, die in der Ukraine eine weiterführende Schule besucht haben, sind bis Ferienbeginn in sogenannten Willkommensklassen betreut worden. Nach den Osterferien sollen sie alle in internationale Klassen an unseren Schulen und Berufskollegs eingegliedert werden. Für Kinder unter sechs Jahren werden zunächst Brückenkindergärten eingerichtet, in denen sie, vergleichbar mit Eltern-Kind-Gruppen, betreut werden.

Oberhausen gehört zu nur 29 Städten in Deutschland, die eine Partnerstadt in der Ukraine haben. Was bedeutet die Partnerschaft mit Saporishja in Zeiten des Krieges?
Sie bedeutet vielleicht, dass wir noch mehr mitfühlen. Dass viele Oberhausenerinnen und Oberhausener noch betroffener von diesem Krieg sind, als es viele in unserem Land und in Europa sowieso schon sind. Unsere Partnerschaft mit Saporishja entstand schon während des Kalten Krieges und wurde gut gepflegt, zum Beispiel auch durch unseren Jugendaustausch Multi. Das hat natürlich dazu geführt, dass sehr viele Kontakte entstanden und Freundschaften gewachsen sind. Deshalb sind wir in diesen Tagen nicht nur in Gedanken bei unseren Freundinnen und Freunden in Saporishja. Die Stadt Oberhausen und der Verein „Oberhausen hilft“ haben Hilfsgüter in die Partnerstadt geschickt, Geflüchtete aus Saporishja sind bei Bekannten in Oberhausen untergekommen. Ich glaube, dass das große Maß an Mitgefühl und Solidarität, das die Menschen in unserer Stadt auszeichnet, in Putins Angriffskrieg allen Ukrainerinnen und Ukrainern gilt – aber dass durch die persönlichen Kontakte zu den Menschen in Saporishja eben ein noch engeres Verhältnis besteht.
Die Partnerschaft bedeutet auch, dass wir nicht nur konkrete Bitten um Hilfe bekommen, sondern auch regelmäßige Berichte über die Lage in Saporishja. Schon seit Wochen ist die Stadt die erste Anlaufstelle für die Menschen, die aus der

eingekesselten und fast völlig zerstörten Stadt Mariupol fliehen konnten: Die Berichte über die Zustände sind wirklich erzerzerrend.
Sie sind nicht nur Verwaltungschef und Politiker, sondern auch Historiker: Was bedeutet ein Krieg in Europa für Sie?
Was wir erleben, ist tatsächlich mit dem Begriff „Zeitenwende“, den Bundeskanzler Scholz in seiner Regierungserklärung benutzt hat, passend eingeordnet. Ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg in Europa: Mit einer solchen Skrupellosigkeit hat 77 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, 30 Jahre nach Ende des Kalten Krieges und 27 Jahre nach Ende des Bosnienkrieges kaum jemand wirklich gerechnet.
Dieser Krieg, die brutalen Angriffe der russischen Armee auf die Zivilbevölkerung erschüttern uns nicht nur wegen ihrer Menschenverachtung, sie erschüttern unser Vertrauen auf den Frieden in Europa. Wir erleben gerade das Ende einer Gewissheit. Die Erkenntnis, dass Frieden auch in Europa eben keine Selbstverständlichkeit ist, muss uns anspornen, uns noch mehr für dieses höchste Gut einzusetzen.
Dass wir in Deutschland in Sicherheit und Frieden leben können, bringt meiner Meinung nach Verantwortung mit sich: Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um den Menschen in und aus der Ukraine zu helfen. Dass Deutschland seiner Verantwortung nachkommen will, zeigt der Paradigmenwechsel, den die deutsche Außenpolitik in den ersten Kriegstagen unter dem Eindruck der Entwicklungen vollzogen hat. Neben den wichtigen Waffenlieferungen an die Ukraine gilt es nun, die Bundeswehr für die Zukunft leistungsfähig und modern aufzustellen. Wir müssen – das zeigt die aktuelle Lage – in die Sicherheit Europas investieren.

Weitere Informationen zum Thema Hilfe für die Ukraine finden Sie im Internet unter oberhausen.de/ukraine

EDEKA und Kaufland verlassen Standorte in Sterkrade

Es braucht gute und schnelle Lösungen!

Die CDU-Fraktion bedauert nicht nur, dass EDEKA Zurheide seinen Standort am Sterkrader Tor aufgibt, sondern auch der Lebensmittelvollsortimenter Kaufland seine Pforten am Kleinen Markt schließen wird. Mit der Entscheidung, dass sich der eine Eigentümer zukünftig auf die Luchsstraße konzentriert, während sich der andere verkleinern und dem Kleinen Markt den Rücken kehren wird, kann Sterkrade nicht zufrieden sein. „Der Wegzug von EDEKA vom Sterkrader Tor und der Umzug von Kaufland kam auch für uns überraschend. Für unsere Sterkrader Stadtentwicklung ist der Weggang eines qualitativen Lebensmittelanbieters ebenso problematisch wie die Verkleinerung eines Vollsortiment-Anbieters“, stellt Holger Ingendoh als CDU-Sprecher der Bezirksvertretung Sterkrade heraus. „Politisch werden wir als CDU in Sterkrade den Prozess natürlich eng begleiten und hoffen, auf eine sinnvolle und gute Entwicklung Einfluss nehmen zu können.“

Leerstände und Investitionsruinen können wir in unserer Innenstadt nicht gebrauchen

„Nachdem mit dem ehemaligen Kaiser und Ganz-Grundstück durch die Initiative der Stadtparkasse endlich eine positive Kehrtwende eingeläutet werden konnte, nehmen wir die aktuellen Entscheidungen der privaten Eigentümer in Sterkrade nicht mit Beifall auf. Leerstände und Investitionsruinen können wir in unserer Innenstadt nicht gebrauchen“, fasst die CDU-Fraktionsvorsitzende Simone-Tatjana Stehr die Nachricht zusammen. „Gleichzeitig halten wir es auch für unerlässlich, die Auswirkungen für das Alsfeld in den Blick zu nehmen“, so Stehr weiter. Denn dort sei schon jetzt der Verkehr rund um EDEKA an der Luchsstraße eine große Belastung für die Anwohnerinnen und Anwohner. Die Konzentration auf einen Standort von EDEKA erfordere Lösungen für den Verkehr, um Wohnqualität und Einkaufserlebnis gut zu verbinden.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
CDU-Fraktion im Rat der Stadt
Oberhausen (Seiten 5,6,7)
Rathaus, Raum 256
Schwartzstr. 72
46045 Oberhausen
Telefon: 0208 825-2135/-2719
E-Mail:
fraktion@cdu-oberhausen.de
V.i.S.d.P.:
Simone-Tatjana Stehr
Redaktion:
Tobias Henrix
Gestaltung:
Freunde & Ernst, Essen



FOTO: HANS BLOSSEY

STADTPLANUNG CDU setzt Kriterienkatalog zur Flächenentwicklung durch

Zukunftsfähig, klimafreundlich, wirtschaftlich, sozial und vernetzt. Das sind nur einige der Anforderungen, vor denen Städte heute bei ihrer Flächenentwicklung stehen. Um solche Herausforderungen bewältigen zu können und die Entwicklung von Flächen auch für nachfolgende Generationen klug zu steuern, könnten abgestimmte Kriterien eine verbindliche Orientierung bieten.

Diesen Gedanken verfolgt die CDU-Fraktion, die sich wünscht, dass sämtliche Flächen in Oberhausen zukünftig nach einheitlichen Kriterien entwickelt werden und Stadtplanung dadurch verantwortungsvoll gesteuert wird. Das Ziel, das auch der Transparenz für Bürgerinnen und Bürger sowie für Investoren

dienen soll, stoßen die Christdemokraten mit einem Antrag an, der die Entwicklung solcher Kriterien beauftragt.

„Die Flächenentwicklung der vergangenen Jahrzehnte war in Oberhausen durch eine Konzentration auf einzelne Projekte geprägt. Verbindliche Kriterien über den gesamten Raum gibt es nicht. Eine Art ‚Oberhausener Konzept‘, das einer städteplanerischen Idee folgt und damit Orientierung bietet, fehlt. Gerade das halten wir aber mit Blick auf sich stark ändernde Bedingungen und Anforderungen für notwendig“, erläutert der planungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Denis Osmann, die Initiative. „Wir wollen für die Stadtplanung der Zukunft transparente und verbindliche Kriterien, die langfristig angelegt sind, Veränderungen standhalten und Raum für Gestaltungsprozesse bieten. Wir wünschen uns, dass Oberhausen ein Markenzeichen wird und auch als solches erkennbar ist.“



Denis Osmann

„Oberhausen ist attraktiv und hat viel Potenzial und genau dieses Potenzial gilt es, klug und verantwortungsbewusst zu entwickeln.“

„Aus unserer Sicht kann mit einem Kriterienkatalog, der abbildet, wohin sich unsere Stadt entwickeln möchte und wie diese Entwicklung unter sozialen, ökonomischen und nachhaltigen Gesichtspunkten auszusehen hat, eine Wende in der Stadtplanungspolitik eingeläutet werden. Oberhausen ist attraktiv und hat viel Potenzial und genau dieses Potenzial gilt es, klug und verantwortungsbewusst zu entwickeln“, fasst die Fraktionsvorsitzende, Simone-Tatjana Stehr, den Vorstoß ihrer Fraktion zusammen.

Der von der CDU gestellte Antrag sieht vor, dass die Stadt zu Beginn 2023 den zu erarbeitenden Kriterienkatalog den zuständigen Gremien des Rates zur Beratung und zum Beschluss vorlegt.

Mobilität für die Zukunft

Das Nahmobilitätskonzept für Alt-Oberhausen

Radfahrer, Fußgänger und der ÖPNV müssen zukünftig in der Nahmobilität eine größere Rolle spielen. Die Belange der Autofahrer dürfen aber nicht völlig vernachlässigt werden. Gemeinsam mit der SPD-Fraktion setzte die CDU im Rat deshalb Änderungen zum Nahmobilitätskonzept für Alt-Oberhausen durch. Den ersten Entwurf des nun beschlossenen Konzepts hatte die Verwaltung zu Beginn des Jahres den Gremien zur



Detlef Peters

Entscheidung vorgelegt. Bei dem noch durch die damalige Beigeordnete Sabine Lauxen beauftragten Konzept fiel auf, dass die Bevorzugung der Verkehrsarten im Umweltverbund so weit ging, dass das Autofahren in der Innenstadt teilweise extrem erschwert worden wäre und bis zu 500 Parkplätze hätte kosten können. Das ging der CDU-Fraktion zu weit: „Uns war wichtig, dass bei der Umsetzung sämtlicher

Maßnahmen die Optimierung des gesamten Verkehrsflusses als generelle Zielsetzung verfolgt wird. Die Förderung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes muss im Zusammenhang mit dem motorisierten Individualverkehr bewertet werden“, betont Detlef Peters als Sprecher der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen. Das Wegfallen von PKW-Stellplätzen durch einzelne Maßnahmen müsse deshalb gleichwertig durch Parkmöglichkeiten an anderer Stelle ausgeglichen werden. Dazu passe die bereits beschlossene Idee von Quartiersparkhäusern. Dazu der Christdemokrat: „Hier muss sich zunächst was tun, bevor wir an anderer Stelle den Wegfall von wichtigen und teilweise unverzichtbaren Parkplätzen akzeptieren können.“

CDU gestaltet Mobilitätswende

Fietsvlondern für Oberhausen

Fietsvlondern (Fahrradflundern) sind eine preisgekrönte Entwicklung aus den Niederlanden. Die CDU-Ratsfraktion sieht darin eine gute Möglichkeit, die Mobilitätswende in Oberhausen voranzubringen, sprich mehr Menschen zum Umstieg auf das Fahrrad zu bewegen.

Bei den Fietsvlondern handelt es sich um mobile Plattformen mit installierten Fahrradbügeln zum Abstellen von Fahrrädern. Diese Plattformen können kurzfristig und beliebig an den unterschiedlichsten Stellen im Straßenraum eingesetzt werden, rückstandsfrei abgebaut und an anderer Stelle wieder aufgebaut werden. Damit sind sie äußerst flexibel

und eignen sich bestens, um bei der Suche nach möglichen Abstellorten erprobt und belastbar entscheiden zu können, ob eine feste Installation sinnvoll ist. Damit bietet sich auch die Chance, kurzfristig auf die Bedürfnisse von Bürgerinnen und Bürgern reagieren zu können. Werden die Fietsvlondern im jeweiligen Erprobungszeitraum positiv angenommen, könnten in der Folge fest installierte Fahrradstellplätze eingerichtet werden.

„Wir freuen uns sehr über die breite Zustimmung, auf die unser eingebrachter Antrag zu den ‚Fietsvlondern‘ gestoßen ist“, betont die Fraktionsvorsitzende Simone-Tatjana Stehr: „Als CDU-Fraktion halten wir die mobilen



FOTO: HENRIX

Ein Beispiel aus Aachen

Fahrradabstellplattformen für eine gute Möglichkeit, Veränderungen in unserer Infrastruktur bedarfsgerecht zu gestalten.“ Selten habe man bei diesen Fragen die Möglichkeit nach dem ‚Trial and Error‘ Verfahren (Versuch und Irrtum) vorzugehen. Stehr weiter: „Mit den Fietsvlondern eröffnet sich die Chance, flexibel, kostengünstig und bürgernah handeln zu können. Insofern freuen wir uns auf eine baldige Umsetzung der Maßnahme.“

Unternehmen suchen händeringend Arbeitskräfte

ARBEITSMARKT Die Auftragsbücher sind gut gefüllt. Dennoch tun sich viele Oberhausener Unternehmen schwer, Aufträge termingerecht fertigzustellen.

Ein wesentlicher Grund dafür ist Personalmangel, nicht zuletzt wegen der Pandemie. Bei der Arbeitsagentur gehen vermehrt Anfragen von Unternehmen ein, die händeringend qualifizierte Arbeitskräfte suchen. Das betrifft viele Branchen, besonders stark aber das Handwerk. Jürgen Koch, Leiter der hiesigen Agentur, weist darauf hin, dass sich der Arbeitskräftemangel nach der Pandemie noch deutlicher bemerkbar machen wird.

Christian Benter, Sprecher im Ausschuss für Wirtschaft und Digitales, beobachtet die Entwicklung seit längerem mit Sorge. „Besonders für kleine und mittelständische Unternehmen kann dies schnell zu existenziellen Problemen führen. Es gibt bereits Firmen, die erwägen aufzugeben.“ Die Gründe für den Personalmangel seien vielfältig, dazu gehörten Vermittlungshemmnisse bei Bewerbern, teilweise fehlende Sanktionen bei schuldhaftem Verhalten im Vermittlungsprozess und vieles mehr. Dazu Benter: „Wir wissen, dass Oberhausener Unternehmen Arbeitskräfte suchen. Ihre Bereitschaft ist groß, motivierten Bewerbern eine Chance zu geben. Als CDU wollen wir uns kommunalpolitisch dafür einsetzen, dass Arbeitgeber ihren Personalbedarf zukünftig besser decken können.“

Auch die CDU-Fraktionsvorsitzende Simone-Tatjana Stehr plädiert für ein entschlossenes Vorgehen: „Wir sind froh, dass die Arbeitsagentur Oberhausen, die Stadt und die Wirtschaftsförderung das Problem angehen. Wir werden das Bemühen mit unseren Möglichkeiten unterstützen. Zum Beispiel



Christian Benter



FOTO: PIXABAY

„Als CDU wollen wir uns kommunalpolitisch dafür einsetzen, dass Arbeitgeber ihren Personalbedarf zukünftig besser decken können.“

mit unserem Antrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch die Joblinge.“

Unser Arbeitsmarkt ist das Herzstück unserer Stadt.

Erfreulich stellt sich dagegen der Rückgang der Arbeitslosenzahlen in der Stadt dar. Nach zwei schwierigen Corona-Jahren gibt es hier so wenige Menschen ohne Job wie seit 13 Jahren nicht mehr. Der positive Trend, der mit

dem Amtsantritt von Oberbürgermeister Schranz und der CDU-Fraktion begonnen hat, setzt sich fort. „Wir unterstützen von politischer Seite, wo wir können, um diesen Erfolg zu verstetigen und werden nicht lockerlassen“, betont Stehr entschlossen. „Unser Arbeitsmarkt ist das Herzstück unserer Stadt. Unsere Produktivität ist der Garant für ein gutes Leben. Nur so können wir unsere Gesellschaft gestalten, denn das Geld, das man dazu braucht, muss erst erwirtschaftet werden.“

Gewalt gegen Frauen geht uns alle an

Frauen-Union und Fraktion handeln Hand in Hand

Die Fälle häuslicher Gewalt nehmen zu, auch in Nordrhein-Westfalen. Hier stellt die aktuelle Kriminalstatistik für das Jahr 2020 ein Plus von 7,7 Prozent gegenüber 2019 fest. Bei uns in Oberhausen sind die Fallzahlen ebenfalls gestiegen, verstärkt durch Corona. Die Leidtragenden sind vor allem Frauen und Kinder. Frauen-Union und CDU-Fraktion wollen deshalb aktiv helfen.

„Als Frauen-Union haben wir das Thema Gewalt gegen Frauen auf unserer Agenda. Wir wollen mit unseren Veranstaltungen zu einer besseren Vernetzung vorhandener Bekämpfungs- und Präventionsstrukturen beitragen. Auftakt war eine virtuelle Konferenz mit den Leiterinnen des Frauenhauses und der Frauenberatungsstelle“, sagt dazu Ekaterini Paspaliari, Vorsitzende der Frauen-Union-Oberhausen und Sprecherin im Gleichstellungsausschuss. Geld- und Sachspenden seien in den Einrichtungen immer willkommen. Aber auch der Ausbau von Kontakten, Netzwerken und eine intensive Öffentlichkeitsarbeit dienten als wichtige Instrumente zur Unterstützung der Einrichtungen. „Sie helfen, die Lebensumstände der Frauen zu verbessern und ihren Weg zu einem selbstbestimmten Leben zu stärken“, betont Ekaterina Paspaliari und stößt damit auch in ihrer Fraktion auf Zustimmung.



Ekaterini Paspaliari

„Die bisherigen Anstrengungen müssen verstetigt und vorangetrieben werden. Die Problematik wird – nicht zuletzt aufgrund der Corona-Pandemie – größer.“

„Unbedingt und selbstverständlich befassen wir uns als CDU-Fraktion mit diesem Problem. Zum Beispiel durch den aktuellen Antrag zur Istanbul-Konvention.“ Mit Programmen und Initiativen wie dem Arbeitskreis Gewalt, dem Tag gegen Gewalt gegen Frauen, der Anonymen Spurensicherung und dem Runden Tisch gegen Prostitution gebe es in Oberhausen bereits ein großes und wichtiges Angebot zur Hilfestellung. „Die bisherigen Anstrengungen müssen verstetigt und vorangetrieben werden. Die Problematik wird – nicht zuletzt aufgrund der Corona-Pandemie – größer, dem wollen wir uns als CDU-Fraktion entschieden entgegenstellen“, geben Simone-Tatjana Stehr und Ekaterini Paspaliari die Richtung vor.



Simone-Tatjana Stehr

Im Einsatz für Wissen

Schulbibliothekarische Arbeitsstelle Oberhausen eröffnet Zugang zu Wissen und fördert Medienkompetenz

Schulbibliotheken schaffen weit mehr als Leseräume. Sie eröffnen Zugang zu Wissen, fördern Medienkompetenz und ermöglichen gesellschaftliche Teilhabe. In Oberhausen weiß man das nicht nur, sondern bietet mit der Schulbibliothekarischen Arbeitsstelle (sba) eine zentrale Anlaufstelle, die für die knapp 50 Schulbibliotheken einen ganz besonderen Service bietet.

„Sicherlich lesen Kinder und Jugendliche heute mehr als je eine Generation zuvor. Wann immer sie in den sozialen Medien aktiv

sind, lesen und schreiben sie. Der Mehrwert von Bibliotheken wird aber durch digitale Angebote nicht aufgefangen“, so Gundula Hausmann-Peters, schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion. „Daher sind gut ausgestattete Schulbibliotheken besonders wichtig. Dass die Schulbibliothekarische Arbeitsstelle Oberhausen mit ihren individuellen Beratungen die Voraussetzung für ein vielfältiges und qualifiziertes Angebot unserer Schulbibliotheken schafft, ist einmalig“, lobt

Hausmann-Peters die Arbeit vor Ort. Und: „Bei unserem Besuch haben wir erfahren, wie professionell die Mitarbeiterinnen der schulbibliothekarischen Arbeitsstelle aufgestellt sind und wir durften erleben, mit wie viel Herzblut sie ihren Anspruch verwirklichen, die Oberhausener Schulbibliotheken und deren Teams zu unterstützen“, fasst die CDU-Fraktionsvorsitzende, Simone-Tatjana Stehr ihre Eindrücke zusammen. „Wir sind schwer begeistert und wünschen uns, dass dieses Angebot der sba von Kompetenz und Kooperation mit großer Selbstverständlichkeit angenommen wird, um Leseroutinen unserer Kinder und Jugendlichen zu stärken“, so die Bildungsexpertinnen Hausmann-Peters und Stehr.



Gundula Hausmann-Peters



Bei einem Besuch in der sba

Hier gibt es weitere Infos zur Schulbibliothekarischen Arbeitsstelle Oberhausen:



FOTO: JANSEN

Die CDU-Ratsfraktion

- 

SIMONE-TATJANA STEHR
Fraktionsvorsitzende
Schwarze Heide
stehr@cdu-oberhausen.de
- 

GUNDULA HAUSMANN-PETERS
Stellv. Fraktionsvorsitzende
Borbeck
hausmann-peters@cdu-oberhausen.de
- 

DENIS OSMANN
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Sterkrade-Mitte-Nord
osmann@cdu-oberhausen.de
- 

ROBERT BABIC
Osterfeld-Mitte
babic@cdu-oberhausen.de
- 

FRANK BANDEL
Königshardt
bandel@cdu-oberhausen.de
- 

HELMUT BENNEWA
Sterkrader Heide
bennewa@cdu-oberhausen.de
- 

CHRISTIAN BENTER
Schlad
benter@cdu-oberhausen.de
- 

KLAUS-DIETER BROSS
Holten
bross@cdu-oberhausen.de
- 

KARIN DUBBERT
Alstaden-Ost
dubbert@cdu-oberhausen.de
- 

HOLGER INGENDO
Schmachtendorf
ingendoh@cdu-oberhausen.de
- 

CHRIS HÖPPNER
Brücktor
hoeppner@cdu-oberhausen.de
- 

EUGEN LENZ
Stadtmitte-Süd
lenz@cdu-oberhausen.de
- 

WERNER NAKOT
Erster Bürgermeister
Vennepoth
nakot@cdu-oberhausen.de
- 

EKATERINI PASPALIARI
Klosterhardt-Süd
paspaliari@cdu-oberhausen.de
- 

DIRK RUBIN
Sterkrade-Nord
rubin@cdu-oberhausen.de
- 

GEORGIS SCHMIDT
Stadtmitte-Nord
schmidt@cdu-oberhausen.de
- 

ANDREAS VÖLKER
Styrum
voelker@cdu-oberhausen.de
- 

ULRIKE WILLING-SPIELMANN
Alsfeld
willing-spielmann@cdu-oberhausen.de
- 

MARITA WOLTER
Rothebusch
wolter@cdu-oberhausen.de

Nähere Informationen zu Ihren
Stadtverordneten finden Sie unter
www.cdu-oberhausen.de/ratsfraktion

IMPRESSUM

Herausgeberin:
CDU Oberhausen
(Seiten 1,2,3,4,8)
Gewerkschaftsstr. 47-49
46045 Oberhausen
Telefon: 0208 200948
E-Mail:
klartext@cdu-oberhausen.de
www.cdu-oberhausen.de
V.i.S.d.P.:
Wilhelm Hausmann MdL
Redaktion:
Christian Benter
Gestaltung:
Freunde & Ernst, Essen



„Wir leben in einer ungeheuer angespannten Zeit“ – so Herbert Reul (CDU), der als Innenminister in Nordrhein-Westfalen eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Kriminellen vertritt und sich mit seiner zupackenden Art Respekt verschafft hat. Der ehemalige Europapolitiker stand vom ersten Tag seiner Amtsübernahme im Jahr 2017 vor großen Themen. Er kämpft mit zum Teil ungewöhnlichen Maßnahmen gegen Terroristen und Schwerkriminelle und wirkt unermüdlich. Grund genug „3 Fragen an“ Herbert Reul zu stellen ...

Sie sagen selbst, dass Sie „unheimlich froh“ sind, dem Ruf als Minister gefolgt zu sein, weil Sie gestalten können und „einen Beitrag dazu leisten, zu beweisen, dass der Staat funktioniert“. An welchen Stellen ist Ihnen das besonders gut gelungen und worin lag die größte Herausforderung?

Ich freue mich über jede Straftat, die verhindert werden kann bzw. die gar nicht erst begangen wird. Deshalb war es für mich seit Amtsantritt stets eine Freude, jedes Jahr einen Rückgang bei der Kriminalität in Nordrhein-Westfalen vermelden zu dürfen. Mit einem aktuellen Rekord: so niedrig wie 2021, war die Kriminalität in NRW seit über 35 Jahren nicht mehr.

Besonders stolz bin ich neben dem Kriminalitätsrückgang aber auf die Erfolge in zwei Bereichen, denen ich mich intensiv gewidmet habe: die Bekämpfung von Kindesmissbrauch und der Clankriminalität. Beides Themen,

welche viel zu lange vernachlässigt wurden. Im Verborgenen hatten sich Strukturen gebildet und verstetigt, denen wir den Kampf angesagt haben. Kein Täter kann sich mehr sicher fühlen, nicht entdeckt zu werden.

Die aktuelle außenpolitische Lage wirkt unmittelbar auf Fragen der „Inneren Sicherheit“. Wie gut funktioniert unser Staat in der Krise und was müssen wir innenpolitisch leisten, um als größtes Bundesland Flagge zu zeigen?

Bei jeder Krisenbewältigung wird man etwas finden, was man noch besser machen kann. Es kommt nur darauf an, wie man dem gegenübertritt. Begreifen wir Krisen als Herausforderungen, haben wir eine Chance diese zu meistern.

Eins bewahrheitet sich in diesen Situationen stets: Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger, würde all dies nicht funktionieren. Bei Feuerwehren, Hilfsorganisationen oder dem THW – überall sind wir auf das Ehrenamt angewiesen.

Nicht erst in Folge des Kriegs in der Ukraine, erlebe ich darüber hinaus die Menschen in NRW als höchst solidarisch. Die Solidarität ist nicht nur wichtig für die Hilfe aus der Mitte der Gesellschaft heraus, sondern auch für die Akzeptanz dessen, was der Staat dazu beiträgt.

Wir können sowohl in der Ukraine als auch bei uns vor Ort Unterstützung leisten. Indem wir dringend benötigte Hilfsgüter, wie medizinische Ausrüstung aus NRW, auf den Weg bringen und gleichzeitig Schutzsuchende bei uns aufnehmen.

Sie haben sicher wenig Gelegenheit durchzuatmen. Was treibt Sie persönlich in Ihrem Job an und woher nehmen Sie die Leidenschaft?

Wenn man in die kriminellen Abgründe der Gesellschaft blickt, sich mit dem Alltag unserer Polizistinnen und Polizisten auseinandersetzt, mit Opfern und Betroffenen spricht und sich die Perfidität der Täter vor Augen führt, spornt und treibt einen das schon jeden Tag zu Höchstleistungen an. Ich habe schnell gemerkt, was man alles im Kampf gegen Kriminelle erreichen kann, wenn man sich ordentlich kümmert. Die erzielten Erfolge verstärken diesen Ansporn.

Wenn man wie ich seit über 50 Jahren politisch engagiert ist, wird Politik irgendwann aber auch zu einem Teil der eigenen DNA. Für mich war es schon immer eine Erfüllung, wenn ich politische Anliegen voranbringen, wenn ich etwas Gutes für die Menschen bewirken kann.

Wir freuen uns
über Ihre Anregungen
und Ihre Ideen.

Der kurze Draht zu...

...unserer Kandidatin und unserem Kandidaten:

Simone-Tatjana Stehr

Wahlkreis 57: Oberhausen - Wesel
(Sterkrade und Dinslaken)
Gewerkschaftsstraße 47-49
46045 Oberhausen
+49 208 200948
stehr@cdu-oberhausen.de
www.simone-tatjana-stehr.de
facebook/simone.tatjana.stehr
instagram/simonetatjanastehr

Wilhelm Hausmann

Wahlkreis 56: Oberhausen I
(Alt-Oberhausen und Osterfeld)
Gewerkschaftsstraße 47-49
46045 Oberhausen
+49 208 200948
hausmann@cdu-oberhausen.de
www.wilhelmhausmann.de
facebook/w.hausmann
instagram/wilhelmhausmann

Sicher wählen
per Briefwahl
– Ihr Kreuz für
die CDU

Am 15. Mai 2022 wird in
Nordrhein-Westfalen die
Landtagswahl stattfinden. Mit
der Wahlbenachrichtigung kön-
nen Sie am Wahltag Ihre Stimme
in Ihrem Wahllokal abgeben.

Alternativ wählen Sie vorher:
Das ist per Sofortwahl oder
bequem per Briefwahl möglich.

So funktioniert die
Sofortwahl:

Die Sofortwahlstellen finden sie
in **Sterkrade:**
im Technischen Rathaus
(Gebäude C)
in **Osterfeld:**
im Rathaus Osterfeld, Zimmer 12
in **Alt-Oberhausen:**
Danziger Straße 11-13, Raum 5

Dort erhalten Sie jeweils gegen
Vorlage Ihrer Wahlbenachrichti-
gung und Ihres Personalausweises
oder Reisepasses Ihre Briefwahl-
unterlagen für die Stimmabgabe.

Die Sofortwahl ist ab Mitte April
2022 bis zum Freitag, 13. Mai 2022
zu folgenden Zeiten ohne Anmel-
dung möglich:

montags bis mittwochs:
08.00 - 16.00 Uhr
donnerstags:
08.00 - 18.00 Uhr
freitags:
08.00 - 12.00 Uhr
samstags:
10.00 - 13.00 Uhr,
(im Technischen Rathaus bis zum
07.05.2022)

Am Freitag, den 13.05.2022 haben
alle Sofortwahlstellen bis 18.00
Uhr geöffnet. Wenn Sie nicht
persönlich ins Wahllokal kommen
möchten, dann können Sie ganz
unkompliziert, ohne Angabe
von Gründen, eine Briefwahl
beantragen.

So funktioniert die
Briefwahl:
Suchen Sie sich den für Sie
passenden Weg...

- Sie nehmen Ihre Wahlbenach-
richtigung, füllen die Rückseite
aus und senden sie an die Stadt
Oberhausen.
- Sie scannen den QR-Code auf
Ihrer Benachrichtigung und
folgen den Hinweisen.
- Sie können unabhängig von Ihrer
Benachrichtigung ein formloses
Schreiben (auch per E-Mail oder
Fax) an die Stadt Oberhausen
senden. Geben Sie Ihren voll-
ständigen Namen, Ihr Geburts-
datum und Ihre Adresse an.

Per Post:
Stadt Oberhausen,
Fachbereich Wahlen,
Schwartzstraße 73,
46045 Oberhausen

Per E-Mail:
briefwahl@oberhausen.de